

Der tödliche Stachel der Konkurrenz

Unternehmen kannalisieren sich gegenseitig, wenn sie nur dem Gesetz des Wettbewerbs folgen. Der Staat muss einen Handlungsrahmen für den Markt vorzeichnen.

Von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup*



„Wir erleben geradezu eine Wettbewerbs hysterie, die sogar über den Bereich der Privatwirtschaft hinausgeht.“

Von Politikern wird das Wettbewerbsprinzip gepriesen und Unternehmer und ihre Interessenverbände verweisen auf die hohe Wettbewerbsintensität, die keine Spielräume für das Soziale noch ließen. Dagegen spielen in der öffentlichen Diskussion Unternehmensübernahmen (Fusionen), Konzentrationsprozesse und immer mehr Marktmacht von Unternehmen so gut wie keine Rolle mehr. Im Gegenteil: Eine immer größer werdende Verengung der Märkte auf nur noch wenige Anbieter, auf weitgehend enge oligopolistische oder sogar (teil-) monopolistische Marktstrukturen, nicht nur auf nationaler Ebene, wird von der herrschenden Politik aufgrund der betriebenen neoliberalen Globalisierung heute geradezu gutgeheißen. Diese pervertierte Entwicklung zeigt mittlerweile katastrophale Verteilungswirkungen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft immer mehr gefährden.

Die wesentliche Ideologie des heute gegebenen neoliberalen Regimes ist die Betonung freier (wettbewerblicher) Märkte. Dies würde, ohne staatliche Interventionen und Steuerungen, für die größte ökonomische Effizienz sorgen. Ein dogmatisch gewordener Glaube an das vermeintlich segensreiche Wirken des Wettbewerbsprinzips ist weit verbreitet. Die daraus resultierenden Irrtümer und Illusionen haben sich bei vielen Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Medien zu einer Unfähigkeit gesteigert, die Wirklichkeit richtig wahrzunehmen. „Es ist dieser Realitätsverlust, der sie zu unschuldigen Betrügnern macht“, stellte der vor kurzem verstorbene US-amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith fest. Alles müsse in einer Gesellschaft dem Wettbewerbsprinzip ausgesetzt werden.

Wir erleben geradezu eine Wettbewerbs hysterie, die sogar über den Bereich der Privatwirtschaft hinausgeht. Man will offensichtlich im neoliberalen Duktus fast alle gesellschaftlichen Bereiche, sogar bisher uneingeschränkt eingestufte öffentliche Güter dem Nichtausschluss- und Nichtrivalitätsprinzips entziehen. Selbst der Bildungssektor bleibt nicht davon verschont.

Schon der britische Nationalökonom John Maynard Keynes konnte dagegen mit seiner „New Economics“ aufzeigen, dass das Markt- und Wettbewerbsprinzip, das „Laissez-faire“, der „Krieg aller gegen alle“ oder wie Karl Marx es formulierte, „ein Kapitalist schlägt viele andere tot“, nicht hinreichend ist, um die immer wieder behaupteten optimalen ökonomischen und gesellschaftlichen Ergebnisse, vor allem eine vollbeschäftigte

Wirtschaft, zu realisieren.

Dennoch sind heute Markt und Wettbewerb wieder zu zentralen Kampfbegriffen in der wirtschaftspolitischen Diskussion avanciert. Hierbei wird entscheidend nicht bedacht, dass Privatinteressen und Gesellschaftsinteressen nicht konform gehen und es auch nicht automatisch über eine „unsichtbare Hand“ (Adam Smith) zu einer gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Harmonie kommt. Zu Recht verweist Hans-Jürgen Wagener, Leiter des Instituts für Transformationsstudien an der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder darauf hin, dass nicht „Wettbewerb und Märkte“, sondern „Begierde und Macht“ die „Triebkräfte der Welt“ sind. Letzte ergeben sich aber nur aus einem den Menschen zuwiderlaufenden Wettbewerbsprinzip. Der Mensch strebt nicht nach Konkurrenz. Er ist ein soziales Wesen, und deshalb ist sein Leben grundsätzlich auf Solidarität, auf Gemeinschaft und Kooperation gepolt.

Märkte und Wettbewerb sind trotz aller Behauptungen nicht einmal konsequent effizient. Sie sorgen vielleicht für Produkt- und Prozessinnovationen, dafür vertragen sie sich aber kaum mit sozialen Innovationen, die auf eine immaterielle Teilnahme (Mitbestimmung) und materielle Teilhabe der Menschen in der Wirtschaft setzen.

Markt und Wettbewerb schaffen es auch nicht, ein Preissystem zu etablieren, das die jeweils knappen Güter in die optimalen Verwendungsrichtungen lenkt und das alle Externalitäten wie z. B. Umweltverschmutzungen ins Preissystem aufnimmt. Außerdem fordert der „Stachel

der Konkurrenz" immer Verlierer und Opfer, genauso wie das Markt- und Wettbewerbsprinzip nicht nur Leistungseinkommen produziert, sondern auch ungerechte Einkommen, die auf Machtmissbrauch und Ausbeutung basieren und damit für eine nicht akzeptable gesellschaftliche Verteilung der arbeitsteilig geschaffenen Überschusswerte sorgen. Das sich selbst überlassene Marktsystem, so Keynes, steht dafür, „dass die erfolgreichsten Profitmacher durch einen unbarmherzigen Kampf ums Dasein nach oben kommen, einen Kampf, der mit einer Auslese der Tüchtigen durch den Bankrott der minder Tüchtigen endet. Diese Methode stellt die Kosten des Kampfs selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile des Endresultates im Auge, die man für dauernde hält.“

Völlig vernachlässigt bei der blinden Wettbewerbsgläubigkeit wird der Tatbestand eines gefährlichen wettbewerbsimmanenten Konzentrations- und Fusionsprozesses, der letztlich immer mehr Marktmacht und Ausbeutungspotenzial entstehen lässt. „Die ‚Neigung zum Monopol‘ entspringt der Grundnatur des kapitalistischen Erwerbes selbst. Das Prinzip der Rendite vollendet sich im Monopolgewinn; so wie sich der andauernde Krieg der Konkurrenz, der Hoffnung eines jeden der Streitenden nach in der Überwältigung der anderen erfüllt“, stellt der Soziologe und Ökonom Werner Hofmann fest.

Daher muss aus Unternehmersicht Wettbewerb ausgeschaltet werden. Entweder wird der zu schwache Grenzanbieter aus dem Markt gedrängt – in der Regel sind dies kleine mittelständische Unternehmen. Oder Unternehmen werden friedlich oder feindlich aufgekauft und schließen sich zusammen – sie fusionieren. Auch sind ständig illegale Kartellvereinigungen das Ziel von Unternehmenslei-



tungen, um dem unerwünschten Wettbewerb aus dem Wege zu gehen.

Nicht ohne Grund hat Adam Smith schon 1776 vor Unternehmern und ihren Geschäftspraktiken gewarnt, die sich gegen die Öffentlichkeit wenden. Marktmacht und Konzentration zerstören nicht nur das Wettbewerbsgefüge selbst, indem sie innerhalb des Unternehmenssektors zu Umverteilungen von den marktbeherrschenden (ausbeutenden) zu den marktohnmächtigen (ausgebeuteten) Unternehmen führen. Dass es dabei temporär zu Phasen erhöhter Wettbewerbsintensität, sogar zu einer ruinösen Konkurrenz, mit stark fallenden Preisen kommt, ist kein Widerspruch, sondern systemisch angelegt. Dies hat mit der Nachfrageseite zu tun.

Bei immer mehr Umverteilung von unten nach oben kommt es zu Wachstumsausfällen und in Folge zu einer gesamtwirtschaftlich gefährlichen deflatorischen Entwicklung. Dies insbesondere dann, wenn zu wenige wachstumsfördernde Innovationen gegeben sind und sich die „Intelligenz“ der angeblich „schöpferischen Unternehmer“ (Joseph A. Schumpeter)

auf rein repetitive Produktions- und Verwertungsprozesse beschränkt.

Gleichzeitig kommt es mit dem Ansteigen privatwirtschaftlicher Macht auch zu einer Untermierung des in Demokratien einzig legitimierten Staats und seiner parlamentarisch erstrittenen Politik, die für alle Bürger und Bürgerinnen eine Wohlstandsmehrung bereitstellen und ermöglichen soll und nicht nur die Partikularinteressen der Wirtschaft bzw. einer hier kleinen Machtelite zu vertreten hat.

Wir müssen zur Vernunft zurückkehren. Markt und Wettbewerb dürfen sich nicht selbst überlassen werden. Sie brauchen einen starken regulierenden Staat, der den Handlungsrahmen vorzeichnet, Machtmissbrauch sanktioniert und Verteilungsergebnisse berichtigt. Und was genauso wichtig ist, ist endlich die Einführung einer Wirtschaftsdemokratie. Es reicht nicht aus, nur einen politisch demokratischen (parlamentarisch-repräsentativen) Überbau in der Gesellschaft zu haben. Auch die Wirtschaft muss demokratisiert werden.

Bis heute steht der Mensch in den Unternehmen, trotz vielfäl-

“Völlig vernachlässigt bei der blinden Wettbewerbsgläubigkeit wird der Tatbestand eines gefährlichen wettbewerbsimmanenten Konzentrations- und Fusionsprozesses, der letztlich immer mehr Marktmacht und Ausbeutungspotenzial entstehen lässt.”

tiger politischer Sonntagsreden, nicht im Mittelpunkt, sondern er ist nach wie vor nur Mittel (Instrument) zur Gewinnmaximierung im Interesse einer kleinen gesellschaftlichen Schicht.

Die wichtige Machtbalance zwischen Kapital und Arbeit hat sich zudem unter dem neoliberalen Herrschaftsregime zugunsten des Kapitals aufgelöst. Galbraith hat vor der im dominant gewordenen Shareholder-Kapitalismus entstandenen Machtkonzentration auf Seiten des Kapitals eindringlich gewarnt. Er forderte eine wirksamere gesellschaftliche Kontrolle. Diese kann nur durch Gegenmachtbildung („Counter-vailing power“) erreicht werden.

Dazu muss der „Faktor“ Arbeit im Unternehmen aber mit Macht ausgestattet werden. Nicht nur durch eine modifizierte verbesserte Mitbestimmungsgesetzgebung, sondern durch die uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung von Arbeit und Kapital auf unternehmens- und betriebsbezogener Ebene. Dies ist die wichtigste europäische Integrationsaufgabe, soll es zukünftig zu einer wirklichen Wohlfahrtsentwicklung für alle Menschen in der EU kommen.

Wiederabdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Frankfurter Rundschau

© Copyright Frankfurter Rundschau

Ausgabe: Stadtausgabe (Nr. 185)

Datum: Samstag, den 11. August 2007

Seite: 23

In der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zu Das Parlament) erscheint der hier dokumentierte Beitrag in einer ausführlichen Fassung. Heft 13/2007.

